

iep

Januar 2025

# EU WAHLMONITOR

## Parlaments- und Präsidentschaftswahl

### Rumänien

Andrei Avram



**Ende des Superwahljahres 2024 sollten vor dem Hintergrund tiefer Politikverdrossenheit in Rumänien ein neuer Präsident und ein neues Parlament feststehen. Doch es kam anders: Die erste Runde der Wahl für ein neues Staatsoberhaupt stellte das größte politische Erdbeben in der postkommunistischen Geschichte des Landes dar. Die beiden Kammern der Legislative haben vor Weihnachten ihre Arbeit aufgenommen und einer neuen Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen, aber die Präsidentschaftswahl wird erst im Mai 2025 wiederholt.**

#### Die Ausgangslage vor den Wahlen

In Rumänien waren 2024 über einen Zeitraum von sieben Monaten vier unterschiedliche Urngänge vorgesehen: neben der Europawahl standen Kommunal-, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf dem Programm. Da Präsident Klaus Iohannis nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten durfte, war bereits von einer Zäsur im politischen Leben auszugehen. Denn obwohl die rumänische Verfassung ein semipräsidentiales System vorsieht, in dem die Kompetenz für Innenpolitik der Regierung obliegt, verfügt der Staatschef über eine mit der Direktwahl einhergehenden bedeutsamen Legitimität und nimmt u.a. über die Designation des Premierministers ebenso wie über die Federführung in der Außen- und Sicherheitspolitik beispielsweise durch Vertretung Rumäniens im Europäischen Rat eine Schlüsselstellung im politischen Gefüge ein.

Jahrelang war Rumänien geprägt von einem Antagonismus zwischen der als Nachfolgerin der kommunistischen Partei betrachteten Sozialdemokra-

tischen Partei (PSD) und zumindest einigermaßen reformorientierten bürgerlichen Kräften. Die PSD ist seit der Wende die stärkste Partei im Lande. Sie gilt aber insbesondere in der (groß-)städtischen Mittelschicht als Inbegriff der Korruption, Miss- und Vetternwirtschaft. Iohannis war 2014 und 2019 vor allem wegen seiner starken Kritik an der PSD gewählt worden – ebenso wie für seine Versprechen, den Rechtsstaat zu verteidigen und Regierungsführung wie Verwaltung gründlich zu sanieren. Nach der Parlamentswahl Ende 2020 konnte zudem eine – zumindest scheinbar – erneuerungswillige Regierungskoalition gebildet werden, bestehend aus der Nationalliberalen Partei (PNL), der Union Rettet Rumänien (USR), und des Demokratischen Verbandes der Ungarn aus Rumänien (UDMR). Dieses Bündnis fiel allerdings bereits im Oktober 2021 einem Misstrauensvotum zum Opfer.

Zur Enttäuschung vieler seiner Anhänger:innen forcierte Iohannis daraufhin eine große Koalition von PSD und PNL. Die versprochenen Reformen blieben aus und der Präsident fiel in den kommenden Jahren eher durch luxuriöse, außenpolitisch kaum relevante Auslandsreisen auf ebenso wie durch – letztlich erfolglose – Bestrebungen, im Anschluss an seine Präsidentschaft ein hohes internationales Amt (u.a. den Posten des NATO-Generalsekretärs) zu bekleiden.

Das Fortbestehen der ungewöhnlichen Koalition zwischen PSD und PNL wurde durch Stabilität im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine begründet. Zudem führten die Parteivorsitzenden Marcel Ciolacu (PSD) und Nicolae Ciucă (PNL) auch die Gefahr einer „extremistischen Welle“ als Argument für ihre Allianz an. In der Tat gab es bereits

Anfang 2024 gute Umfrageergebnisse für die euroskeptische, rechtspopulistische Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR). Kritiker monierten indes, die Parteien hätten sich mit einer Aufteilung staatlicher Ressourcen und Posten arrangiert – und wurden durch die Ankündigung eines Wahlbündnisses für die Europawahl darin 2024 bestärkt.

Die große Koalition legte die Europawahl 2024 mit den eigentlich im September anstehenden Kommunalwahlen zusammen – wohlweislich weniger aus der öffentlich vorgetragenen Sorge um die Kosten des Superwahljahres und die Belastung der Wähler:innen durch zahlreiche Urngänge, sondern auch, um sicherzustellen, dass die traditionell starken Lokalpolitiker von PSD und PNL am Wahlkampf mitwirken würden. Das Kalkül ging auf, die Parteien schnitten sowohl bei Europawahl und Kommunalwahlen gut ab und es sah eine Zeit lang nach einer Fortsetzung der großen Koalition nach Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aus.

Der politische Herbst stellte sich allerdings als unruhig heraus. Nach Streitigkeiten beendete die PNL Anfang Oktober 2024 die Koalition, verblieb aber aus angeblicher Sorge um Machtmissbrauch der PSD weiterhin in der Regierung. Dies unterminierte die Glaubwürdigkeit ihrer Distanzierung von der PSD. Ciolacu (PSD) und Ciucă (PNL) waren als Parteivorsitzende noch vor dem Bruch für den höchsten Posten des Landes ins Rennen geschickt worden. Für AUR sollte sich deren Parteichef George Simion um die Präsidentschaft bewerben, auch Diana Șoșoacă (vormals AUR, die inzwischen eine eigene Partei, SOS România, gegründet hatte) reichte ihre Kandidatur ein. Die USR nominierte ihre Vorsitzende Elena Lasconi, während der ehemalige PSD-Vorsitzende und stellvertretende ehemalige NATO-Generalsekretär, Mircea Geoană, als unabhängiger Kandidat mit gewissen Perspektiven zum Einzug in die Stichwahl gehandelt wurde. Andere Anwärter:innen galten als chancenlos.

Ein erster Paukenschlag fiel am 5. Oktober 2024, als das Verfassungsgericht den Ausschluss von Diana Șoșoacă von der Präsidentschaftswahl beschloss. Die Begründung bezog sich auf öffentliche Äußerungen der Kandidatin gegen die EU- und NATO-Mitgliedschaft des Landes. Kritiker:innen aus Zivilgesellschaft und Politik vermuteten jedoch, dass diese Entscheidung eigentlich dem PSD-Kandidaten Ciolacu helfen sollte. Da vier der fünf Richter, die für den Beschluss plädiert hatten, bei ihrer eigenen Nominierung von der PSD unterstützt worden waren, galt in der Öffentlichkeit ein politisch motiviertes Szenario als wahrscheinlich. Dies spiegelt auch wider, wie wenig Vertrauen rechtsstaatliche Institutionen in Rumänien genießen.

Da die Präsidentschaftswahlrunden auf den 24. November und 8. Dezember und die Parlamentswahl dazwischen auf den 1. Dezember terminiert wurden, fielen die zwei Wahlkämpfe zusammen. Der Löwenanteil der öffentlichen Aufmerksamkeit fiel dabei auf die Nachfolge von Klaus Iohannis. Dennoch fanden auch hierbei kaum Debatten zwischen den Kandidat:innen statt. Die öffentliche Diskussion war geprägt von gegenseitigen Anschuldigungen und der Aufdeckung

von Skandalen. Ciucă und die PNL versuchten sich nicht nur, von der PSD zu distanzieren, sondern beteuerten, zwischen den Sozialdemokraten und AUR gäbe es eine geheime Abmachung, die auch den Einzug von Simion in die Stichwahl einbeziehe – wogegen letzterer freilich energisch widersprach. Seitens Lasconi und der USR, aber auch der rechten Parteien, wettete es an Kritik an der großen Koalition.

### Die zentralen Ergebnisse der Wahlen

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl rief in Rumänien – und auch außerhalb des Landes – Schockwellen hervor. Völlig unerwartet kam der bis dato kaum bekannte unabhängige Kandidat Călin Georgescu auf die höchste Anzahl von Stimmen: über 2,1 Millionen (22,94 Prozent). Georgescus Wahlprogramm „Wasser, Nahrung, Energie“ und sein politischer Diskurs drehten sich um Stichwörter wie Frieden, Familie, Würde des rumänischen Volkes und Gott. In seiner ersten Rede nach dem Urngang sprach er davon, dass die Rumänen gewählt hätten, „nicht länger auf den Knien zu bleiben, nicht länger überfallen, unterdrückt oder gedemütigt zu werden.“

Im Wahlkampf hatte er den Krieg in der Ukraine gezeugnet und über Putin gesagt, dass dieser sein Land liebe. Aufgefallen war Georgescu außerdem durch kritische Stellungnahmen über die EU und NATO. Darüber hinaus wurde die Öffentlichkeit auf skurrile Aussagen des unerwarteten Siegers der ersten Runde aufmerksam, so etwa, dass Jesus Christus auferstanden sei, damit das rumänische Volk ein Leuchtturm der Welt werde. Seine rechtsextremen Einstellungen zeigen sich auch in seinem Umfeld. So ließ sich Georgescu während des Wahlkampfes von Bodyguards begleiten, die nachweislich Verbindungen zur rechtsextremen Szene aufwiesen. Er selber hatte über den in den 1930er Jahren politisch aufgestiegenen legionären (das rumänische Pendant der Faschisten) Anführer Corneliu Zelea Codreanu behauptet, er habe sich für die Moralität des menschlichen Wesens eingesetzt.

Eine zweite Überraschung lag ferner darin, dass der Favorit Ciolacu den Einzug in die Stichwahl knapp verfehlte und stattdessen die zweitplatzierte Lasconi einzog. Ciolacu trat daraufhin zurück, machte diese Entscheidung wenige Tage später aber wieder rückgängig. Auf Ciolacu folgten Simion (13,86 Prozent) und Ciucă (8,79 Prozent), der als Vorsitzender der PNL daraufhin ebenfalls zurücktrat. Umfragen nach der ersten Runde zeigten die geringen Chancen von Lasconi, sich in der zweiten Runde zu behaupten. Es half ihr keineswegs, dass wenige Tage nach dem ersten Wahlgang das Verfassungsgericht eine Neuauszählung der Stimmen anordnete, wodurch sich der Start des Wahlkampfes für die Stichwahl mehrere Tage und über die Parlamentswahl hinaus verzögerte. In der öffentlichen Diskussion machten sich vor diesem Hintergrund Ängste breit, dass Georgescu tatsächlich die Präsidentschaftswahl gewinnen könnte.

Das Wettretten um das Präsidentenamt wirkte sich auch auf die Parlamentswahl aus, die am 1. Dezember stattfand und die ebenfalls für die Mainstream-Parteien ernüchternd ausfiel. Die PSD landete mit einem historisch schlechten Ergebnis von knapp 22 Prozent für

die Abgeordnetenversammlung zwar immer noch auf dem ersten Platz, aber AUR konnte sein Ergebnis von 2020 auf etwa 18 Prozent verdoppeln. Die PNL – nunmehr unter dem neuen Vorsitzenden Ilie Bolojan – kam immerhin auf ein zweistelliges Ergebnis (13,20 Prozent). USR erhielt 12,40 Prozent, die UDMR 6,33 Prozent. Insgesamt ging das rechtspopulistische Lager deutlich verstärkt aus der Parlamentswahl hervor – denn neben dem Ergebnis von AUR bekam SOS 7,36 Prozent und die Partei von Călin Georgescu, die Partei der Jungen Menschen (!) (POT), 6,46 Prozent der für die Abgeordnetenversammlung abgegebenen Stimmen. Für den Senat gab es ähnliche Ergebnisse. So werden nun im neuen Parlament die bürgerlichen Kräfte (PNL, USR, UDMR) und die sogenannten Souveränisten (AUR, SOS, POT) die gleiche Anzahl von Mandaten haben – jeweils 162. Die PSD wird über 132 Mandate in beiden Kammern verfügen, hinzu kommen 19 Abgeordnete der nationalen Minderheiten, die traditionell zusammen mit jeglicher Regierungsmehrheit stimmen.

Das Ergebnis der Parlamentswahl zeigte nicht nur die Konsolidierung der euroskeptischen Parteien, sondern bestärkte auch die Befürchtungen, dass Georgescu gute Aussichten habe, sich gegen Lasconi durchzusetzen. Die Nationalbank sah sich gezwungen zu intervenieren, um den Wechselkurs zwischen der Landeswährung Leu und dem Euro stabil zu halten, während sich führende Geschäftsleute des Landes offen auf die Seite der USR-Vorsitzenden schlugen. In der öffentlichen Diskussion wurde auch die Gefahr einer Abkehr von der EU und der NATO thematisiert, obgleich Georgescu inzwischen beteuerte, keineswegs einen Austritt von den beiden zu erwägen.

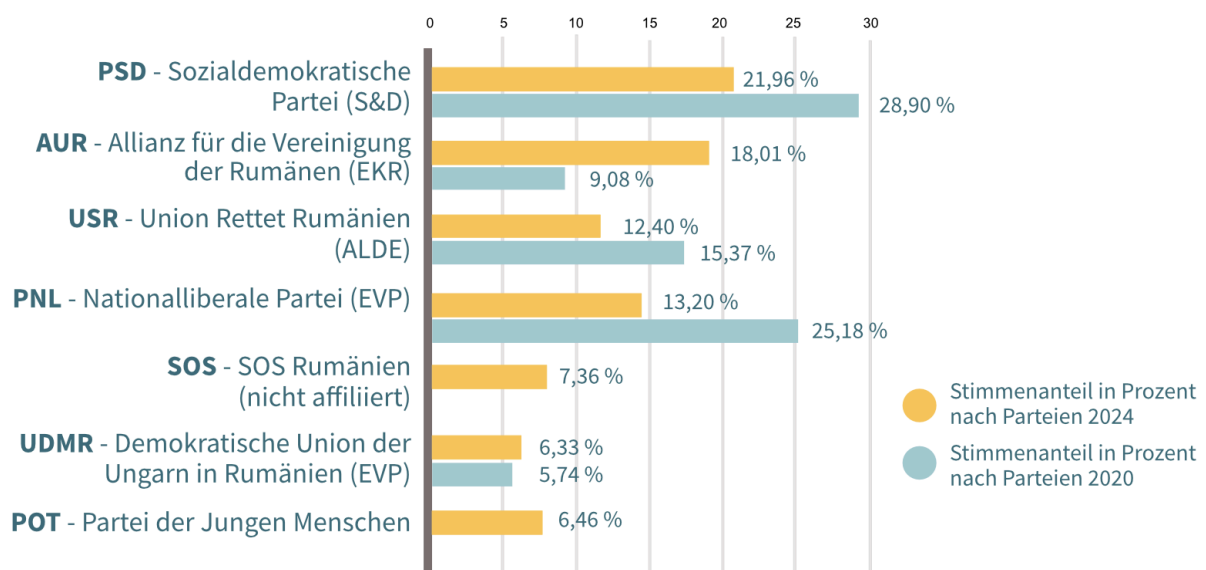
Inzwischen erhöhte sich der Druck auch auf den Präsidenten, der noch am 28. November den Obersten Verteidigungsrat einberufen hatte. Die der Sitzung zugrunde liegenden Dokumente waren als geheim eingestuft. Erst am 4. Dezember beschloss Iohannis unter großem öffentlichem Druck, die Materialien zu veröffentlichen. Die von rumänischen Geheimdiensten erstellten Papiere weisen u.a. darauf hin, dass soziale

Medien und insbesondere TikTok, zugunsten von Georgescu auf koordinierte Weise und entgegen gesetzlichen Bestimmungen eingesetzt worden seien und dass es über 85.000 Cyber-Angriffe gegen EDV-Systeme zur Unterstützung des Urnenganges gegeben habe. Beides sei auf den Eingriff eines „staatlichen Akteurs“ zurückzuführen.

Die Bekanntgabe des Inhaltes der Dokumente, die dem Obersten Verteidigungsrat vorgelegt worden waren, gaben den Verfassungshütern die Möglichkeit, auf eigene Initiative tätig zu werden. Am 6. Dezember, als die Wahl im Ausland bereits angefangen hatte, fiel der einstimmige Beschluss des Verfassungsgerichts, dass die Präsidentschaftswahl annulliert und neu organisiert werden müsse. In der Begründung der Entscheidung wird darauf verwiesen, dass durch die rechtswidrige Verwendung der sozialen Medien der freie Charakter der Wahl und die Chancengleichheit unter den Kandidat:innen verletzt worden sei. Moniert wurde ebenso, dass ein Kandidat offenbar gegen die Regeln der Wahlkampffinanzierung verstoßen habe. Georgescu hatte bei der Ständigen Wahlbehörde Kosten von Null (!) Lei angegeben, was allerdings bereits im Vorfeld der Wahl Fragezeichen hätte aufwerfen sollen. Das Verfassungsgericht unterstrich auch, dass Eingriffe staatlicher wie nicht-staatlicher Entitäten ausgeschlossen werden müssten, um den demokratischen Charakter der Wahl zu bewahren.

Während PSD, PNL und Teile der Zivilgesellschaft die Entscheidung begrüßten, zeigte sich die USR-Kandidatin empört und sprach am 22. Dezember von einer illegalen Entscheidung „auf Befehl von Iohannis“. Georgescu und Simion sprachen von einem „Staatsstreich“. Öffentliche Proteste blieben aus, aber Befürchtungen hinsichtlich eines gefährlichen Präzedenzfalls scheinen nicht unbegründet zu sein, da das Verfassungsgericht kaum die Glaubwürdigkeit verdient, die es in einer gefestigten Demokratie haben müsste.

### Wahlergebnisse Parlamentswahlen (Abgeordnetenversammlung) \*



## Die europapolitischen Implikationen des Wahlganges

Die rumänische Politik, zumindest die politische Elite, steht vor einem Trümmerhaufen. Mit der Neuaufgabe der Präsidentschaftswahl ist das Problem der weit verbreiteten Enttäuschung mit den Mainstream-Parteien keineswegs gelöst, sondern höchstens vertagt worden. Dabei dürfte die unerwartete Verlängerung der Amtszeit von Klaus Iohannis – die ebenfalls umstritten ist – der Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger:innen in ihren Staat kaum dienlich sein. Und ob die pro-europäischen Parteien den Warnschuss gehört haben, ist immer noch fraglich. Denn am 10. Dezember kündigten PSD, PNL, USR, UDMR und die Fraktion der nationalen Minderheiten an, eine gemeinsame Regierung bilden zu wollen. In einer Pressemitteilung hieß es, sie würden sich verpflichten, „das Vertrauen in Institutionen und die politische Klasse durch gute Regierungsführung, Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Gelder und Respekt gegenüber den Bürgern zu stärken“. Effizienzsteigerung und Bürokratieabbau ebenso wie Investitionen sollten Prioritäten der neuen Exekutive werden. Dennoch kam vor Weihnachten nur noch ein Dreier-Bündnis, ohne die USR (aber weiterhin mit Unterstützung der nationalen Minderheiten), zustande – mit Ciolacu als Premierminister der neuen Regierung und einer überraschenden Abmachung, den 2014 aus der Politik zurückgezogenen ehemaligen PNL-Vorsitzenden Crin Antonescu als gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2025 zu unterstützen.

Noch vor Antonescu hatte der parteilose Bürgermeister von Bukarest, Nicușor Dan, am 16. Dezember angekündigt, für das Präsidentenamt zu kandidieren. Dan, der ebenfalls zum pro-europäischen Teil des politischen Spektrums gehört, betonte dabei am 5. Januar, dass es weniger wichtig sei, den Wahlkalender zu beschleunigen, sondern vielmehr die Annullierung der Präsidentschaftswahl 2024 zu „klären“. Erstmals zitierte er eine von ihm in Auftrag gegebene Umfrage, die einen noch tieferen Rechtsruck des Landes befürchten lässt. So solle unter Politiker:innen Georgescu unter den Rumän:innen das höchste Vertrauen genießen – etwa 36 bis 38 Prozent – auf Platz zwei stehe Simion mit 26 Prozent. In der Sonntagsfrage liege Georgescu bei 40 Prozent, Antonescu und Dan zwischen 15 und 25 Prozent. Es ist zwar fraglich, ob ersterer nochmals antreten dürfen, aber seine Wählerschaft könnte durchaus einem anderen rechtspopulistischen Anwärter ihre Stimmen geben, beispielsweise Simion.

Abgesehen vom Tauziehen um einen gemeinsamen Kandidaten des pro-europäischen Lagers und der – womöglich durch den Beschluss des Verfassungsgerichts sogar gesteigerten – Beliebtheit von Georgescu, musste die neue Regierung bereits zum Jahresende unpopuläre Sparmaßnahmen ankündigen. Ob die Wählerschaft dies abstrafen wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall wird das politische Frühjahr wohl genauso spannend werden wie der vergangene Herbst.

Aus europäischer Sicht gibt es zumindest teilweise Gründe zur Beruhigung. Das neue Bündnis hat explizit festgehalten, dass Parlamentsmehrheit und Regierung

pro-europäisch sein werden, wodurch die Gefahr einer geopolitischen Entgleisung von Rumänien zunächst abgewendet zu sein scheint. Aufgrund der von der Verfassung vorgesehenen Kompetenzverteilung könnte auch ein rechtsextremer Präsident im Alleingang die geopolitische Orientierung des Landes nicht schlagartig unterminieren. Sollte die Koalition halten, verfügt sie außerdem über eine ausreichende Anzahl von Mandaten in beiden Kammern der Legislative, um der Demokratie und dem Rechtsstaat abträgliche Initiativen zu verhindern. Dennoch: wenn das neue Kabinett keine sichtbare Verbesserung der Lebensumstände liefern wird, könnte es bei der nächsten Parlamentswahl für die westliche Ausrichtung von Rumänien noch enger werden.

## Über den Autor

Andrei Avram ist Experte für Politikplanung und strategische Kommunikation in der Republik Moldau. Früher war er Programmkoordinator beim Auslandsbüro Rumänien der Konrad-Adenauer-Stiftung und zeitweilig auch für die rumänische Regierung als Berater tätig.

## Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

## Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

## Editor:innen

Prof. Dr. Funda Tekin

## Redaktion

Dr. Johanna Hase

## Layout

Julia Winter, Laura Worsch, Eva-Marie Mall

## ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch:



# iep

Institut für Europäische Politik e. V.  
Bundesallee 23  
10717 Berlin

info@iep-berlin.de  
www.iep-berlin.de

